

► Fortsetzung von Seite 4

anderen Landesregierungen Ostdeutschlands solche Forderungen einbringen.

Rechtsanwalt Dr. Helmers, der die Verfahren der IGA vertritt, hob die Gemeinsamkeiten mit ISOR hervor. Er vertrete 85 Verfahren vor Gericht, darunter ehemalige Wachoffiziere, Mitarbeiter der Abwehr, der Aufklärung und der Rückwärtigen Dienste, in 20 Prozent der Fälle im Alter von 50 Jahren und darunter. Der größte Teil sei nicht organisiert. Die IGA vertrete auch E3-Fälle aus dem zivilen Bereich.

Jetzt komme es darauf an, sich mit der Grundannahme, im MfS seien durchweg »überhöhte« Gehälter gezahlt worden und den entsprechenden Verdacht aus den Volkskammerbeschlüssen, mit einer anderen Sachdarstellung zu entkräften. Die »Überhöhung« dürfe nicht allein und pauschal an der Höhe der Bezüge festgemacht werden.

Durch die planmäßige Schaffung einer neuen Datenbasis, der Erfassung und Auswertung noch nicht bekannter Fakten und das Einbringen persönlicher Daten sei jetzt koordiniert und arbeitsteilig eine neue Ausgangslinie zu bestimmen, eine neue Grundlage des juristischen Vorgehens »aus einem Guss«.

Heinz Lestin (TIG Berlin-Friedrichsfelde/Karlshorst) erklärte, dass er als ehem. Angehöriger der DVP einer TIG vorstehe, die zu 80 Prozent aus ehemaligen MfS-Mitarbeitern bestehe. Er selbst und seine TIG verstehen sich als eine große Gemeinschaft, die bis zum letzten Sieg kämpfen werde. Wichtig sei auch, sich mit der bössartigen Hetze gegen das MfS und der Diskriminierung seiner Mitarbeiter auseinanderzusetzen.

Er berichtete weiter über eine Beratung vom 22. September mit Vorsitzenden von insgesamt 16 regionalen Verbänden und Vereinen, die sich in einem Bündnis für soziale Gerechtigkeit zusammengeschlossen haben.

Rechtsanwalt Mark Schippert hob hervor, dass ISOR sich gegenwärtig an einem Scheideweg befinde und sich zwischen Aufgeben und Weitermachen entscheiden müsse. Man stünde jetzt vor einem Neuanfang, bei dem die erste Aufgabe die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS sei. Dafür würden Sachverständige Ost und West benötigt. Was wir vorlegen, müsse unangreifbar sein und 105prozentige Beweiskraft besitzen, da uns kaltes Misstrauen entgegenschlage. Kampfeswille und Solidarität werde uns aber zum Ziel bringen.

Klaus-Peter John (TIG Potsdam), TIG-Vorsitzender und ehem. Angehöriger der Kriminalpolizei versicherte, dass er und die Mitglieder seiner TIG, die nur zu zwei Dritteln aus Betroffenen des § 7 AAÜG besteht, entschlossen weiter kämpfen werden. Es sei gelungen, trotz Austritten die Mitgliederzahl zu halten. Die Kontenklärungen hätten viele Ratsuchende

ISOR zugeführt, die dann als Mitglieder gewonnen werden konnten. Er verwies darauf, dass der Rentenverlauf vieler heute 50-jähriger Armut im Alter vorprogrammiere. Er empfahl, dass ISOR seine rentenrechtliche Kompetenz ausbauen und dazu das vorhandene intellektuelle Potenzial einsetzen solle. So müsse ISOR auch zu einem gefragten Ansprechpartner für Probleme von Hartz IV, in Fragen der Krankenversicherung u.ä. Sozialfragen werden.

Um die künftige Arbeit zu sichern, gelte es jetzt verstärkt die jüngeren Jahrgänge personell einzubeziehen.

Siegfried Korth (TIG Magdeburg, Mitglied des Beirats) machte darauf aufmerksam, dass in unserem Kampf Optimismus immer wieder neu erzeugt und aufgebracht werden müsse, zumal wir derzeit aller Rechtsmittel beraubt seien. 57 Prozent der Mitglieder seiner TIG seien 65 Jahre und älter. Es sei deshalb geboten, die Vorstände zu verjüngen.

Es genüge nicht, allein für eine bessere Rente zu streiten, auch andere soziale Probleme müssten aufgegriffen werden, z.B. Fragen der Pflegeversicherung. Der Sozialabbau würde alle Mitglieder mehr oder weniger treffen, ebenso die Benachteiligung der Ostdeutschen. Hier müsse sich ISOR stärker profilieren und zwar bereits jetzt und nicht erst, wenn die Rentenprobleme evtl. gelöst sind.

Prof. Dr. Axel Azzola begann seine Ansprache unter Hinweis darauf, dass er von Anfang an ein Weggefährte von ISOR ist, als es z.B. noch Illusionen gegeben habe, mit einer direkten Verfassungsbeschwerde das Rentenproblem für die Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR zu lösen.

Die »niederschmetternden Worte« des BVerfG zeigten, dass wir eine Schlacht verloren hätten. Eine verlorene Schlacht sei aber kein verlorenen Krieg.

Er empfahl in Petitionen jenen Punkt besonders herauszustellen, der die Politik am schmerzhaftesten treffe: die Verweigerung von Daten, auf denen der Staat sitzt und die für die Einforderung von Recht unerlässlich seien. Das sei die blanke Willkür.

Er plane zunächst bis 2006. Bis dahin gelte es zwei Dinge zu lösen. Der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag sei die absolute Grundbedingung für das Funktionieren der »politischen Schiene«. Die PDS wiederum müsse politikfähig werden. Wenn es ein Feld gebe, wo die PDS eine andere Politik vertreten könne als die anderen Parteien, dann sei das die Rente. Politik bedeute vor allem, erfolgreich für die Menschen zu sein. Die PDS könne sich hier positionieren, ohne die vorhandenen Gegenströmungen mitten im Gesicht zu haben. Augenmaß sei gefragt und ein juristischer Neuanfang erfordere neue, fundierte Tatsachen. Allerdings sei auch nicht alles, was nicht gefällt, zugleich verfassungswidrig. Alles andere müsse politisch er-

kämpft werden und für den politischen Kampf gebe es kein Mindest- und kein Höchstalter.

★★★

Beim Vorstand von ISOR wurden weitere vier Diskussionsbeiträge schriftlich eingereicht. Sie werden im Vorstand ausgewertet.

So schrieb z.B. Freund **Albert Oehme** aus Gera, der im Alter von 82 Jahren noch als Gruppenkassierer aktiv tätig ist: »Als leitender Offizier der ZV der DDR war auch ich lange Zeit von den Urteilen der Siegerjustiz betroffen und erst vor wenigen Monaten konnten mir unsere treuen Rechtsberater mitteilen, das nunmehr auch bei mir die letzten Beschränkungen gefallen sind ... Noch immer bleiben nicht wenige aus der Schar der Ehemaligen ... mit miesen Argumenten um die Früchte ihrer Lebensarbeit betrogen... Ich ... rufe alle Mitglieder der ISOR auf, treu zusammen zu stehen, nach neuen rechtlichen Mitteln und Möglichkeiten zu suchen ... um auch den letzten Ehemaligen von den Fesseln des Unrechts zu befreien. Solidarität jetzt!«

★★★

Die anwesenden Vertreter beschlossen einstimmig unter Einbeziehung der empfohlenen Änderungen die vorliegenden Dokumente.

★★★

Horst Parton schätzte im Schlusswort ein:

Die Diskussion habe Einheit und Geschlossenheit ausgestrahlt und die Entschlossenheit zur Fortführung unseres Kampfes bekräftigt. Die Beschlüsse des BVerfG seien nicht nur Niederlage, sondern auch ein Erfolg, den ISOR allein nicht geschafft hätte. Jetzt gelte es, wachsam zu sein. Noch sei das E3-Urteil nicht umgesetzt.

Er orientierte auf die Gewinnung noch abseits stehender ehemaliger Mitarbeiter aller bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR. ISOR biete für alle eine sinnvolle Tätigkeit in einem Sozialverein.

Die Vertreterversammlung habe eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die jetzt auch mit den anderen Verbänden und Vereinen beraten werden müssten. Er erklärte: »Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung in der DDR, einschließlich der von uns begangenen Fehler«. Es sei aber auch an der Zeit, die Rolle der bewaffneten Organe beim friedlichen Abdanken der DDR zu würdigen.

Die Zukunft von ISOR verbinde sich mit dem Engagement in sozialen Fragen und seine Stärke erwachse auch aus den sozialen Bindungen im Verein selbst.

Jetzt komme es darauf an, die Beschlüsse der Vertreterversammlung umzusetzen.

Die Mitglieder des Vorstandes sind bereit, die TIG bei der Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung vor Ort aktiv zu unterstützen. ◆

Wir sind heute in Berlin zu einer außerordentlichen Vertreterversammlung zusammengekommen, weil durch die kürzlich bekannt gewordenen Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes für das weitere Wirken von ISOR e.V. eine neue Lage entstanden ist.

Mit dem Beschluss vom 23. Juni 2004 wurde die noch bestehende Begrenzung der Rentenansprüche ehemals hochrangiger Funktionäre in Parteien, Staat und Wirtschaft der DDR, darunter auch Generale und Oberste (sogen. E 3-Gruppe), für verfassungswidrig erklärt.

Diese Entscheidung des obersten deutschen Gerichtes – 14 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland und als Ergebnis eines langen beharrlich und solidarisch geführten Kampfes – wird von uns nachhaltig begrüßt. Unser Glückwunsch zur Befreiung vom Rentenstrafrecht gilt allen Betroffenen, darunter auch vielen ISOR-Mitgliedern, sowie deren Verbänden und Vereinen.

Mit den Beschlüssen vom 22. Juni 2004 und 27. Juli 2004 zur Nichtannahme und damit Zurückweisung von Verfassungsbeschwerden ehemaliger Mitarbeiter des MfS/AfNS hat das Bundesverfassungsgericht aber gleichzeitig die politisch-ideologisch motivierte und willkürliche soziale Ausgrenzung von Gruppen ehemaliger DDR-Bürger fortgesetzt.

Ohne Beachtung beruflicher Qualifikation und Arbeitsleistung soll die pauschale Begrenzung auf die Durchschnittsrente schon allein wegen der Zugehörigkeit zu ihrem Versorgungssystem für ehemalige Angehörige des MfS/AfNS beibehalten werden. Diese offensichtliche Ungleichbehandlung zeugt von einer auf Vergeltung ausgerichteten Gesetzgebung.

Sowohl die zeitliche Nähe der beiden Entscheidungen und ihre gemeinsame Veröffentlichung in einer Pressemitteilung des BVerfG, als auch die gegenläufigen juristischen Argumente können nicht anders bewertet werden als ein Versuch, ehemalige politische Verantwortungsträger der DDR nach dem bewährten Prinzip – teile und herrsche – gegeneinander

Entschließung

auszuspielen und die einstigen Angehörigen des MfS/AfNS zu isolieren, zu demotivieren und zur Aufgabe ihrer Kampfentschlossenheit zu veranlassen.

Das wird aber dank der erprobten jahrelangen Solidarität der ISOR-Mitglieder untereinander und mit den befreundeten Vereinen und Verbänden nicht gelingen. Wir führen unseren solidarischen Kampf bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts weiter.

Wir werden die vom Bundesverfassungsgericht eröffnete Möglichkeit nutzen und durch die Erarbeitung neuer rechtserheblicher Tatsachen eine erneute verfassungsrechtliche Überprüfung des § 7 AAÜG möglich und erforderlich machen.

Dem dient die von uns heute, nach gründlicher Diskussion beschlossene »Konzeption zur Fortsetzung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht«. Konkret fordern wir:

- ▶ die Streichung des verfassungswidrigen § 6 Abs. 2 und 3 AAÜG, der Rentenansprüche von ehemals hochrangigen Angehörigen der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme auf die Durchschnittsrente begrenzt,
- ▶ die gleichzeitige Neuregelung des § 7 AAÜG, wodurch auch über dem Durchschnittseinkommen in der DDR liegende Einkommen von ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS in die Berechnung von Rente eingehen, und zwar nach Maßgabe der vorzunehmenden amtlichen Klärung der Einkommensverhältnisse durch das Bundesverwaltungsamt,
- ▶ die Neuregelung der Entschädigung für Dienstunfälle nach den Grundsätzen des Dienstbeschädigungsausgleichsgesetzes ab 1. August 1991, auch für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS,
- ▶ die Regelung der Erhaltung des Realwerts von besitzgeschützten Leistungen aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen durch

Anpassung mindestens an die Inflationsrate in den neuen Bundesländern.

Wir vertrauen auf die Einigkeit und Solidarität all unserer Mitglieder, den

schon mehrfach erfolgreich beschrittenen Weg unbeirrt und mit diesen realistischen Zielsetzungen fortzusetzen. Wir rufen alle noch abseits stehenden ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS auf, als ISOR-Mitglieder gemeinsam mit uns ihre ureigensten sozialen Interessen noch wirksamer durchsetzen zu helfen. Wir wünschen uns von unseren Sympathisanten noch mehr aktive Hilfe und Solidarität als Mitglieder von ISOR e.V.

Wir vertrauen auf die Fähigkeit und das Organisationsvermögen unseres Vorstandes und seines Beirates sowie der Landesbeauftragten und der TIG-Vorstände, die vielfältigen in der Konzeption geforderten Aufgaben und Aktivitäten wirkungsvoll zu koordinieren und umzusetzen. Das betrifft vor allem

- ▶ die verstärkte Mitgliederwerbung
- ▶ die massenhafte Erarbeitung von Petitionen gegen die erneute Ungleichbehandlung
- ▶ den nachhaltigen Protest gegen die Weigerung der zuständigen Bundesbehörden, notwendige Unterlagen für die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS zur Verfügung zu stellen.

Wir vertrauen auf das juristische Können unserer Rechtsanwälte und Berater und ihr jahrelanges Engagement für ISOR, um letztendlich gemeinsam erfolgreich zu sein.

Wir reihen uns ein in die zunehmend breiter werdende Front der Protestbewegung gegen den bundesweiten Sozialabbau und die fortbestehende Diskriminierung Ostdeutschlands. Wir betrachten unseren Kampf gegen die verbliebenen Reste des Rentenstrafrechts als Bestandteil dieser übergeordneten Zielsetzung.

Wir sind und bleiben solidarisch mit den befreundeten Vereinen und Verbänden, wie wir auch deren Solidarität mit uns dringend benötigen und dankbar entgegennehmen.

Die Delegierten der außerordentlichen Vertreterversammlung / Berlin, 8.10.2004



Solidarität – gerade jetzt

Am 22. September 2004 fand eine erneute Beratung der Vertreter des am 13. Mai 2004 gegründeten Bündnisses für soziale Gerechtigkeit Berlin-Lichtenberg/Hohenschönhausen statt.

Diesem Bündnis gehören 16 regionale Sozialverbände, Vereine und Gewerkschaften des Stadtbezirkes mit über zehntausend Mitglie-

dern an, darunter die fünf Territorialen Initiativgruppen der ISOR (TIG) aus Berlin-Lichtenberg und Hohenschönhausen und regionale Gliederungen der GBM, der Volkssolidarität, des DGB und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), der GRH, des DBwV sowie des Bundes der Antifaschisten und der VdN. In der von allen Vertretern unterzeichneten Erklärung zum Bündnis für soziale Gerechtigkeit

ist vereinbart, »in solidarischer Gemeinschaft den Kampf gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit zu führen.«

Es ist gerade zu verständlich, dass in dieser Beratung die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes vom 23. Juni 2004 und die vom 22. Juni und 27. Juli 2004 eine angeregte Diskussion auslösten.

Die anwesenden Vorsitzenden und Vertreter der dem Bündnis angehörenden Verbände und Vereine werteten die Nichtannahme der Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG als eine willkürliche Entscheidung mit eindeutig politischem Hintergrund. Das würde von der Mehr-

▶ **Fortsetzung auf Seite 7**

► **Fortsetzung von Seite 6**

heit ihrer Mitglieder auch so gesehen.

Wir waren uns alle einig, wir brauchen gerade jetzt die Solidarität und Verbundenheit, den koordinierten und geschlossenen Kampf gegen den Sozialabbau.

Solidarität – gerade jetzt.

Deshalb sind die in der Erklärung vom 13. Mai aufgeführten Schwerpunkte unseres Kampfes gegen massiven Sozialabbau – für soziale Gerechtigkeit ebenso gemeinsames Anliegen wie der Kampf gegen Diskreditierung, soziale Ausgrenzung und Rentenstrafrecht.

In dieser Erklärung heißt es unter anderem: »Als Bündnis für soziale Gerechtigkeit fordern wir eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft dient.

Unser öffentlicher Protest und unsere Forderungen betreffen besonders folgende Themenkomplexe:

Rücknahme des massiven Sozialabbaus, insbesondere der Leistungskürzungen in der Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung durch die Agenda 2010; ...

Gleiche Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost und West und Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West;

Überführung bisher nicht abgegoltener Ansprüche aus ehemaligen Sonder- und Zusatz-

versorgungssystemen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung der BRD;

Schluss mit jeglichen politischen und sozialen Ausgrenzungen, Diskreditierungen und dem Rentenstrafrecht gegenüber Teilen der ostdeutschen Bevölkerung;

Beendigung der politischen Strafverfolgung und wir setzen uns ein für die gesellschaftliche und individuelle Rehabilitierung aller Betroffenen ...«

In der Erklärung bekräftigen die Teilnehmer, dass sie durch ein abgestimmtes und koordiniertes Handeln aller von sozialer Ungerechtigkeit Betroffenen in einem Bündnis ihren Protest und den öffentlichen politischen Druck gegen den derzeitigen massiven Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit erhöhen und sich damit in die Protestbewegung der mehrheitlich betroffenen Bevölkerung in allen Teilen Deutschlands einreihen.

Der Sprecherrat des Bündnisses organisiert den regelmäßigen Erfahrungsaustausch, die Abstimmung inhaltlicher Schwerpunkte und Aktivitäten. So hat der Sprecherrat das Bündnis mit seinem Anliegen bei der Bezirksbürgermeisterin und den Fraktionsvorständen der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg/Hohenschönhausen vorgestellt sowie die Teilnahme an Protestkundgebungen popularisiert. Der Sprecherrat hat bereits einen festen Rhythmus seiner Beratungen und ein Programm für weitere Vorhaben.

ISOR benötigt und erhält die solidarische Unterstützung dieser Sozialverbände und Vereine. Es ist gut in diesem Kampf viele Verbündete an seiner Seite zu wissen.

Dieser Grundgedanke gegenseitiger Solidarität innerhalb ISOR und mit unseren Verbündeten bestimmte auch die erste Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 8. Oktober vor dem erweiterten Vorstand und den über 50 Betreuern durch den ISOR-Vorsitzenden Horst Parton am 19.10.04. Die Erläuterungen zur dort gegebenen Lagebeurteilung und den beschlossenen Dokumenten für das weitere Wirken von ISOR wurde von den Anwesenden einstimmig gebilligt.

Heinz Lestin, Vorsitzender der TIG Berlin Friedrichsfelde/Karlshorst



Inzwischen erreichten uns erste Reaktionen auf die Außerordentliche Vertreterversammlung von Günter Wenzel aus Dresden, Benno Butschalowski aus Prenzlau, Harry Naujeck aus Strausberg, Lothar Haußner aus Grimmen, Karl-Heinz Kletzsch von der TIG Altenburg/Zinnwald die wir aus Platzgründen in dieser Ausgabe nicht veröffentlicht können.

Sie lassen aber bereits erkennen, dass die Ergebnisse dieser Versammlung breiten Widerhall in der Mitgliedschaft finden, ihre Kampfschlossenheit nicht geringer, sondern stärker geworden ist, die Solidarität anderer Ver-

► **Fortsetzung auf Seite 8**

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 97. Geburtstag:

Bruno Mallwitz, Eisenhüttenstadt

zum 92. Geburtstag:

Günter Vehres, Bln.-Weißensee

zum 91. Geburtstag:

Hildegard Kaufmann, Chemnitz

zum 90. Geburtstag:

Herta Ellrich, Bln.-Hohenschönh.

Elfriede Körner, Dresden

Gerda Vincenz, Bln.-Treptow

zum 89. Geburtstag:

Oskar Borth, Quedlinburg

zum 87. Geburtstag:

Elfriede Guhle, Rostock

Lotte Märten, Magdeburg

Ernst Neubert, Cottbus

Walter Voigt, Plauen

zum 86. Geburtstag:

Hubertus Gast, Bln.-Marzahn

Werner Roth, Bln.-Treptow

Günter Simon, Bln.-Hohenschönh.

zum 85. Geburtstag:

Dorothea Baruth, Bln.-Prenzl. Berg

Gertraud Brandenburg, Bln.-Marzahn

Nora Eibig, Dresden

Hans Otto, Annaberg-Buchholz

Hans Rittig, Luckenwalde

Elsa Schwaneberger, Leipzig

zum 80. Geburtstag:

Käthe Baumgartel, Chemnitz

Lucie Becker, Raguhn

Walter Brose, Bln.-Friedrichsfelde

Elli Göpfert, Erkner

Anneliese Grote, Bln.-Friedrichsfelde

Hans Keilholz, Nordhausen

Rolf Kleeberg, Bln.-Pankow

Hermann Mandel, Bergen

Hildegard Michael, Bln.-Friedrichshain

Karl Müller, Chemnitz

Heinz Petrasch, Potsdam/Waldstadt

Werner Preuß, Bln.-Friedrichshain

Rudolf Renner, Bln.-Hohenschönh.

Gerhard Schneider, Dresden

Ernst Treffky, Löbau

Erika Wagner, Bln.-Treptow

Zum 75. Geburtstag:

Walter Augsten, Bln.-Marzahn

Günter ABmann, Bln.-Hohenschönh.

Lothar Baganz, Oranienburg

Erika Bartholomäus, Bln.-Karlshorst

Erich Bauer, Eichwalde

Klaus Bertram, Leipzig

Leopold Beutel, Rostock

Karl-Heinz Bohn, Erfurt

Annelies Brux, Dresden

Elisabeth Czich, Zühlsdorf

Jutta Dietze, Plauen

Ingrid Fathke, Bln.-Hohenschönh.

Werner Göcht, Borna

Raimund Görlich, Potsd. Nauener Vorst.

Werner Grimmer, Artern

Heinz Hartwich, Aschersleben

Norbert Hausmann, Bln.-Friedrichsf.

Erwin Hautzenberger, Halle

Gerhard Heitz, Dresden

Hans Hertzner, Suhl

Karl-Heinz Herz, Bln.-Lichtenberg

Günther Hofmann, Hildburghausen

Lore Ihle, Chemnitz

Manfred Jentsch, Bln.-Hohenschönh.

Gerda Kiß, Gera

Margot Kleinert, Dresden

Günter Klosa, GERMENDORF

Hildegard Kophamel, Neubrandenburg

Rudolf Körner, Leipzig

Waltraud Kränzel, Bln.-Lichtenberg

Joachim Kress, Bln.-Friedrichsfelde

Sigmund Kubal, Aschersleben

Heinz Kunz, Potsdam-Drewitz

Franz Künzl, Hildburghausen

Erika Lachotzke, Potsdam Zentrum

Hildegard Land, Bln.-Treptow

Ingeborg Lange, Magdeburg

Siegfried Leutloff, Bln.-Weißensee

Karl Müller, Salzwedel

Eugen Nikolenko, Bln.-Marzahn

Ruth Ollick, Bln.-Marzahn

Udo Pampel, Artern

Magdalene Plaumann, Schwerin

Werner Potzel, Chemnitz

Ingeborg Reißner, Bln.-Hohenschönh.

Heinz Rimkus, Meißen

Fred Röber, Delitzsch

Thea Sattler, Ernstthof

Klaus Scheiblich, Opperode

Sizzo Schiebel, Gera

Kurt Schimpf, Potsdam-Babelsberg

Gisela Schmidt, Rostock

Christa Schöbel, Strausberg

Horst Scholz, Bln.-Treptow

Lothar Schönfeld, Rostock

Elfriede Schürmann, Chemnitz

Gerhard Schumann, Zwickau

Martin Schumann, Bln.-Friedrichsf.

Paul Schwarz, Cottbus

Johannes Schwarz, Bln.-Prenzl. Berg

Reimar Seifert, Eisenhüttenstadt

Dr. Günter Semmler, Dresden

Rudi Simon, Schönebeck

Wolfram Smolinski, Oranienburg

Loni Stapusch, Rostock

Lothar Storch, Suhl

Heinz Titel, Bln.-Hohenschönh.

Heinz Tomalsky, Cottbus

Günther Voigt, Bln.-Köpenick

Margot Weiß, Bln.-Köpenick

Manfred Wenzel, Bln.-Friedrichsfelde

Hans Wiele, Blankenfelde

Arno Windrich, Leipzig

► Fortsetzung von Seite 7

bände und Vereine nicht nachgelassen hat, sondern intensiv weitergeführt wird und der feste Wille besteht, ISOR zu stärken. Wir werden in den folgenden Ausgaben weiter dazu und darüber berichten. *Die Redaktion*

Aus der Postmappe:**Strafrente und Armee des Friedens**

Genugtuung und Freude bewegten mein Gemüt, als ich das neuerliche hochrichterliche Urteil zu Strafrenten ehemaliger Funktionsträger der DDR vernahm. Genugtuung, weil Beharrlichkeit und Solidarität halfen, Gerechtigkeit nicht völlig zur Farce verkommen zu lassen. Und Freude, weil sich auf den Wegen zur Wahrheit eben reichlich Wahrheitsliebende tummeln, deren Stimmen auch Geschichtsfälscher nicht zum Schweigen bringen können.

Angesichts deutscher Krieger in Jugoslawien, am Hindukusch und am Horn von Afrika durchzog mein Gemüt als Betroffener aber auch Erhabenheit und Zorn gegenüber Heuchelei und Siegermentalität. Verantwortlich für die mathematische, naturwissenschaftliche und ingenieurtechnische Grundlagenausbildung an der Offiziershochschule der Landstreitkräfte der NVA »Ernst Thälmann«, fühlte ich mich den schaffenden Menschen und dem Frieden verpflichtet.

Verbunden fühle ich mich mit all jenen, denen noch keine Rentengerechtigkeit widerfahren ist und wünsche uns Kraft und Zuversicht für künftige Kämpfe. *Oberst a.D. der NVA*

*Prof.Dr.sc.Alexander Donner,
Verdienter Hochschullehrer der DDR*

Der Vorstand teilt mit:

Am 27.10.2004 fand eine planmäßige Vorstandssitzung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung sowie der in den TIG durchgeführten Beratungen
2. Information über das Wirken und Probleme der gemeinsamen Arbeitsgruppe ISOR-IGA

zur Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS

3. Problemlösung zum Erfordernis der Einsparung finanzieller Mittel

Auf dem Büchermarkt:

Prof. Dr. Horst Schneider, Historiker aus Dresden hat die von der derzeitigen deutschen Obrigkeit so aufwändig beförderte Totalitarismusforschung seziert und ist zu bemerkenswerten Ergebnissen gelangt. Eines von vielen: Um nachzuweisen, Faschismus und DDR seien verwandte Systeme, gründete man in Dresden ein Institut und gab ihm als Aushängeschild den Namen der 1975 verstorbenen deutsch-amerikanischen Politologin Hannah Arendt. Schneider forschte nach. Die Institutsgründer mussten einräumen, dass Frau Arendt zwar Totalitarismus erforschte, sich aber dabei nie »mit der DDR befasst« hatte. Es ist ein lesenswertes Büchlein.

Horst Schneider: *Das Hannah Arendt-Institut im Widerstreit politischer Interessen* SPOTLESS-Reihe Nr. 163 / ISBN 3-933544-96-3 – Preis: 5,10 Euro / www.spotless.de



In der Reihe Edition Zeitgeschichte des Kai Homilius-Verlages erschien im September 2004 ein Buch von Erich Schmidt-Eenboom, mit dem der Autor den sicheren Nachweis über die jahrzehntelangen illegalen Inlandsaktivitäten des BND und damit über geheimdienstlich gesteuerte Manipulationen der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik führt.

Erich Schmidt-Eenboom: *»Geheimdienst – Politik und Medien; Meinungsmache UN-DECOVER«* / Kai Homilius Verlag, Edition Zeitgeschichte, Band 16 / ISBN 3-89706-879-6; 401 Seiten, 24,80 EURO

Die AG Recht teilt mit:

Ab 1. Januar 2005 werden die Sprechstunden der AG Recht am Sitz der Geschäftsstelle nur noch

jeden Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr durchgeführt. Die Sprechstunden am 21. und 28.12.04 entfallen.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



HORST BATHKE, Rostock
HEINZ BLEß, Wittenberge
MONIKA FIEDLER, Neubrandenburg
DR. WERNER FRIEDRICH, Bernau
KNUT GALLIEN, Bln.-Marzahn
WERNER GOLLE, Bln.-Friedrichsfelde
CHARLOTTE GRUBER, Chemnitz
GERDA HANDT, Cottbus
REINHOLD JAKUBETZ, Halberstadt
GÜNTER KAATZ, Rostock
KARL-HEINZ KADE, Oschatz
ALFRED KALISCH, Bln.-Marzahn
PETER KELLER, Königs Wusterhausen
HANS-GÜNTER KIRMSE, Potsdam-Stern
ERHARD KRAUSPE, Bernau
HARTMUT KRAUTHAIM, Cottbus
HORST KUHLLIG, Annahütte
BODO KUJATH, Leipzig
WALTER LANGE, Bln.-Treptow
CURT LEHMANN, Döbern
KURT LIEBMANN, Leipzig
HANS-DIETER NAWRATH, Bln.-Friedrichsf.
EVA PALEIT, Bln.-Mitte
HELMI PANSE, Bln.-Karlshorst
HERBERT PETER, Schwerin
WALTER PETZ, Bln.-Lichtenberg
OTTO PUPPEL, Neubrandenburg
PETER REICHARDT, Dresden
HEINZ REINERT, Ludwigslust
REGINA RETTERATH, Bln.-Pankow
DIETER RICHTER, Weißwasser
MARIANNE RICHTER, Chemnitz
HARTWIN SCHMALFUSS, Zernsdorf
EGON SCHMIRLER, Suhle
OTTO SCHMITKE, Potsdam-Waldstadt
ELFRIEDE UHLIG, Chemnitz
KARL-HEINZ WAGENKNECHT, Bln.-Pankow
ROLAND WAGNER, Chemnitz
HORST WEIDE, Bad Salzungen
RUDI WITTER, Hildburghausen
WERNER WUNDER, Gera
URSULA WÜSTNER, Chemnitz
HANS ZIEMAK, Saßnitz

Ehre ihrem Andenken

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.10.2004

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.11.2004

Einstellung im Internet: 3.12.2004

Auslieferung: 9.12.2004

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr